

Anmerkung vom grünen Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat Bernd Jothe zur Berichterstattung in der CN zur Schüler*innen Demo:

Da wird die Schülerin Lena Kramer zitiert (S.13):

„Wir freuen uns, dass ein paar Kommunalpolitiker erschienen sind“, bedankt sich Lena Kramer in ihrer Ansprache.“...„Wir würden uns allerdings noch mehr freuen, wenn sie sich auch schon in der Vergangenheit für den Umweltschutz eingesetzt hätten und dies auch in Zukunft tun würden.“ etc.

*„Das ist bei uns angekommen. Wir müssen die Anliegen der Schüler*innen nicht nur sehr ernst nehmen und das Gespräch suchen, sondern überlegen, wie die jungen Menschen sich ihre Beteiligung in der Kommunalpolitik über die Ratsgremien hinaus vorstellen und wie sie diese einbringen können. Ich habe daher den OB gebeten die Initiatoren der Schüler-Demo ins Rathaus einzuladen, um mit ihnen das weitere Vorgehen zu besprechen“*

Beteiligung von Kindern endlich ermöglichen

Zur Ende März veröffentlichten Studie „Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in Deutschland“ des Deutschen Kinderhilfswerks erklärt Katja Dörner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der grünen Bundestagsfraktion:

Kinder und Jugendliche müssen endlich auf allen Ebenen beteiligt werden. Die Studie verdeutlicht besonders: Die konkrete Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist ganz wesentlich von der gesetzlichen Ausgestaltung ihrer Rechte durch die Politik abhängig. Deutschland ist ein Flickenteppich in Sachen Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Und das, obwohl sich die Bundesrepublik mit

der UN-Kinderrechtskonvention zu einer weitreichenden Umsetzung eben dieser Beteiligungsrechte verpflichtet hat.

Junge Menschen übernehmen Verantwortung und machen sich Gedanken über sich und die Zukunft unserer Gesellschaft – wie aktuell das große Engagement von Kindern und Jugendlichen für den Klimaschutz zeigt. Wir müssen junge Menschen endlich ernst nehmen und die politische Mitgestaltung ermöglichen. Deshalb fordern wir eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre für Bundestags- und Europawahlen.

30 Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention ist es längst an der Zeit, das dort verankerte Recht von Kindern auf umfassende Beteiligung umzusetzen. Kinder und Jugendliche müssen überall in Deutschland die gleichen guten Beteiligungsmöglichkeiten bekommen, egal ob in Kitas, Schulen, Kommunen oder an der Wahlurne.

